

Unter Druck der Basis: SBB-Chef Benedikt Weibel, Bundesrat Leuenberger und SEV-Vizechef Giorgio Tuti (v. l.).

Gewerkschafter ernsthaft für ein Nein zum Personenverkehr

Wegen des Lohnkonflikts bei den Lokführern sagt derzeit die Mehrheit der Gewerkschafter Nein zur Personenfreizügigkeit. Funktionäre hoffen, Druck auf den Bundesrat stimme sie um.

Von **Bettina Mutter, Bern**

Als Bundesrat Moritz Leuenberger gestern Morgen vor den Kongressteilnehmern des Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verbands (SEV) redete, applaudierten die Gewerkschafter dreimal. Sie klatschten dort, wo Leuenberger für geltendes Schweizer Recht, für mehr Gesamtarbeitsverträge und gegen kraftbereinigte Löhne redete.

Die Antwort auf die Frage, ob und wie der Bundesrat Lohndumping bei den Lokomotivführern stoppen will, gefiel den Gewerkschaftern hingegen nicht. Leuenberger legte dar, im Binnenverkehr verhindere das Gesetz Tieflöhne. Im Transitverkehr und im grenzüberschreitenden Verkehr habe die Regierung aber nichts anzubieten: «Es wird bei Juristen heftig darüber gestritten, welche Gesetze anzuwenden sind.»

Statt über den Schutz der Löhne redete Leuenberger über die Verlagerung von der Schiene auf die Strasse. Man könne ausländische Bahnunternehmer nicht zwingen, Schweizer Löhne zu bezahlen, weil sie sonst auf die Strasse ausweichen würden.

Darum rief er den Gewerkschaftern die positiven Seiten des Landverkehrsabkommens in Erinnerung. Grenzüberschreitender Verkehr bedeute mehr Marktanteile. «Das heisst, dass die Bahnen mehr Arbeitsplätze schaffen werden.» Den offenen Lohnstreit hingegen könne er nicht beilegen. Er delegierte das Problem: «Vielleicht muss dann die Politik entscheiden.»

Abstimmung als Druckmittel

Ein Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit machen die Gewerkschafter nun davon abhängig, wie die Behörden im Fall des deutschen Cargo-Unternehmens Railion entscheiden. Das Gütertransportunternehmen fährt in Zusammenarbeit mit der BLS von Basel nach Erstfeld, bezahlt aber den Lokführern Löhne, die rund ein Drittel unter jenen der Schweizer liegen. Peter Merz, Präsident des SEV-Unterverbandes Lokomotivführer beobachtet darum seit Monaten, «dass der Grössteil unserer Mitglieder klar Nein zur Personenfreizügigkeit sagen will».

Das möchten die Gewerkschaftsspitzen korrigieren. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat längst ein Ja signalisiert – unter der Bedingung, dass gesetzliche Massnahmen jegliches Lohndumping verhindern. Präsident Paul Rechsteiner formuliert diese «konstruktive Haltung» so: «Personenfreizügigkeit ja – Lohndumping nein». Er verspricht den Kollegen des SEV «Unterstützung im Kampf». Zu Parteikollege Moritz Leuenberger sagte er:

«Den schönen Worten müssen Taten folgen.» Folgerichtig erklärte Lokführer-Präsident Peter Merz, man gebe dem Bundesrat jetzt «noch eine Chance». Erst im August will der SEV im Vorstand die Parole zur Personenfreizügigkeit fassen.

Dahinter steckt eine klare Strategie der Gewerkschaftsleitung. Die Abstimmung dient als Druckmittel, um im öffentlichen Verkehr fehlende Gesamtarbeitsverträge aushandeln zu können. Gleichzeitig sollen Bund und Kantone maximale flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit durchsetzen. Der passende Slogan auf den weissen T-Shirts der Eisenbahner lautet: «Keine Durchfahrt für Sozialdumper».

Auf Gewerkschaften angewiesen

Die Gewerkschaften sind gespalten. Deren Funktionäre wollen ein Ja zur Personenfreizügigkeit, um von einem geregelten Verhältnis zu Europa profitieren zu können. Doch die Gewerkschaftsbasis fühlt sich wegen verschärfter Konkurrenz aus dem Ausland hintergangen. Urs Siegenthaler etwa, Präsident der Urner Lokomotivführer-Sektion, hätte schon gestern das Nein beschliessen wollen. «Der Bundesrat speist uns ja nur mit Lippenbekenntnissen ab», begründete er.

Sicher ist: Der Bundesrat kann die Personenfreizügigkeit nicht ohne Gewerkschafter gewinnen. Auch deshalb rief SGB-Präsident Rechsteiner am Schluss seinen SEV-Kollegen zu: «Es kommt auf uns an, wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr.»